

Rede der DIDF-Jugend am 09.03.2013 auf der Kundgebung gegen „pro-NRW“ in Wattenscheid-Leithe

Heute dürfen rassistische Parteien wie die Pro NRW noch immer ihre menschenverachtende Politik verbreiten. Als ob es Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen nie gegeben hätte, als ob nicht Menschen verbrannt worden wären als Folge fremdenfeindlicher Hetze. Diese gut 20 Jahre zurückliegenden, schrecklichen Ereignisse müssen eine Warnung sein!

Wir stehen heute hier, um uns dieser rassistischen Hetzpolitik entgegen zu stellen.

Wir brauchen eine Politik für gleiche Rechte.

Das Hauptproblem ist der eigentliche Nährboden für diese Art von rassistischen und faschistischen Organisationen. Seit Jahren werden Antifaschisten kriminalisiert, Migranten mit Gefahr und Terror in einem Atemzug genannt. Die Diskussionen und Debatten der politischen Elite über integrationsunwillige Jugendliche und "Kopftuchkinder" haben dem rechten Gedankengut dazu verholfen, sich salonfähiger zu präsentieren und vielmehr offener und radikaler aufzutreten.

Der Kampf gegen Rassismus muss ein zentrales Anliegen der Menschenrechtspolitik in Deutschland sein. Denn die Würde aller Menschen muss geachtet werden. Dies ist die zentrale Grundlage unserer Gesellschaft, die durch den Artikel 1 unseres Grundgesetzes festgeschrieben ist und sich auch im internationalen Menschenrechtsabkommen findet.

Darum ist es heute wichtiger denn je, das Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen und deren Propaganda zu fordern.